Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein Brief des Grafen von Paris über Deutschland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Ein Brief des Grafen von Paris über Deutschland.

Das folgende Schriftstück geht uns in deutschem Text mit der Ermächtigung zu, dasselbe unter dem Namen des Autors zu veröffentlichen.

Im Hinblick auf die vielen Umwälzungen, welche Frankreich seit achtzig Jahren erfahren, ist es nicht bedeutungslos, zu wissen, welche Anschauungen der älteste Enkel Louis Philipps vertritt, der möglicherweise auf die Geschicke Europas noch einmal von Einfluß sein kann.

Das Exposé, hier und da durch Gegner Preußens beeinflußt, und in einem Punkte durch spätere Ereignisse widerlegt, stellt den Prinzen als Mann von Geist und Urtheil, als warmen Anhänger der liberalen Ideen, als einen aufrichtigen Freund des Friedens und, für einen Fremden, als merkwürdig guten Beobachter deutscher Detailverhältnisse dar.

Der Artikel war mit einigen weiteren Ausführungen, ohne den Namen des Autors zu nennen, im August 1867 in der Revue des deux Mondes mitgetheilt. Trotzdem glauben wir, den Abdruck des deutschen Textes den Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, da der Name des Verfassers dem französischen Urtheil auch da, wo es von den Anschauungen dieses Bl. abweicht, eine Bedeutung gibt.

---

20. Juli 1867.

Vor meiner Abreise nach Deutschland versprach ich Ihnen die Eindrücke mitzutheilen, die ich von dort zurückbringen würde. Lediglich, um mein Wort zu halten, ergreife ich jetzt die Feder; denn einestheils war meine Reise eine so schnelle, daß die Eindrücke ziemlich unvollständig sein dürften, andrerseits aber sind diese selbst wieder so verschiedener, ja man könnte sagen, sich widersprechender Natur, daß ich fürchten muß, über die Grenzen eines Briefes hinausgeführt zu werden. In Wahrheit haben sich die Gemüther in Deutschland noch nicht von der tiefen Verwirrung erholt, in welche sie durch die Ereignisse des vorigen Jahres versetzt wurden. Situation, Ideen, sogar Prinzipien: Alles wurde über den Haufen geworfen, und Niemand weiß

heute noch genau, was er bei dem neuen Stande der Dinge hoffen oder fürchten soll.

Eine Thatsache allein wird als unwiderruflich vollendet angenommen, die Einheit Deutschlands unter preußischer Suprematie. Jeder unterwirft sich ihr, gutwillig oder nicht. Dualismus und Trias sind als historische Denksteine zu dem heiligen römischen Reich und seiner alten Verfassung versammelt worden. Ohne Zweifel ist die Einheit Deutschlands noch nicht vollständig, ja sie ist sogar noch nirgends definitiv etablirt. Aber nichts hindert, anzunehmen, daß die Südstaaten ihrerseits wieder in den Schooß der germanischen Nation zurückkehren werden, und der Tag ist vielleicht nicht fern, wo selbst die deutschen Provinzen des Hauses Oestreich in derselben ihren gebührenden Einfluß wiederfinden. Für jetzt freilich sind Wille und Initiative ausschließlich auf Seiten Preußens. Preußen hat bei Sadowa jene hundertköpfige Hydra erschlagen, über die man schon zu Zeiten La Fontaine's spottete; siegreich und ohne alle Hilfe hat es den deutschen Gesammtkörper nach sich gezogen. Ein solcher Erfolg hat alle Deutschen in eine Art Bezauberung versetzt, und zwar hat dies weniger der Triumph selbst gethan, als die Mischung von Voraussicht und Kühnheit, welche die Politik der preußischen Staatsmänner und die Strategie der preußischen Generale charakterisirte. Man verglich diese seltenen Eigenschaften mit der Langsamkeit, den groben Fehlern, den unheilvollen Selbsttäuschungen des wiener Hofes, mit der lächerlichen Ohnmacht des Bundestags, und das deutsche Nationalgefühl, das in den letzten Zeiten so tief gedemüthigt war, es rief: „Dort ist unser Führer!"

Man vergegenwärtigt sich in Frankreich nicht genug alle die peinlichen Schläge, welche die Eigenliebe Deutschlands seit Jahren hat verschmerzen müssen. Bis 1849 war die liberale Bewegung in einer anfangs legalen, dann revolutionären Form der Ausdruck des Einheitsgedankens gewesen. Seit sie zurückgedrängt wurde, hat Deutschland immer vergeblich auf jene äußere Machtstellung geharrt, welche despotische Regierungen stets den unterdrückten Völkern in Aussicht zu stellen pflegen, und so oft eine große europäische Frage ohne Zuthun Deutschlands entschieden wurde, erblickte dieses darin eine persönliche Insulte. Während des Krimkrieges, in welchem seine Sympathien mit uns waren, sah es seinen Einfluß durch den Antagonismus zwischen Preußen und Oestreich neutralisirt. Später, 1859, wollte es gegen uns interveniren, aber Monate waren nöthig, um das Räderwerk des Bundes in Bewegung zu setzen, und als derselbe endlich schlagfertig war, beeilte sich Oestreich, stets eifersüchtig auf Preußen, diesem durch den Frieden von Villafranca den Anlaß zu entziehen. Seit Herr von Bismarck am Ruder ist, haben die Deutschen die Empfindung, daß es eine deutsche Politik gibt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Daher seine Popularität. Die holsteinische Frage, die bis dahin in ein juridisches Gewölk gehüllt gewesen war, wurde ohne weiteres als Gegenstand des nationalen Ehrgeizes hingestellt und gegen die Protestationen von fast ganz Europa durch Gewalt entschieden. Gleichgiltig gegen eine so seltsame Art, zu verfahren, begrüßten die Deutschen diese gewaltsame Lösung der Frage als eine eklatante Revanche für die Verträge von 1856 und 1859. Von da an gab es also eine deutsche Politik, aber wer sollte ihr Repräsentant sein? Oestreich, ebenso ehrgeizig, aber weniger geschickt, als Preußen, beanspruchte diese Rolle. Um sie seinem Rivalen nicht zu überlassen, hatte es auf Fortsetzung des Kampfes nach Solferino verzichtet, hatte es später in Frankfurt einen großen Anlauf genommen, sich selbst an die Spitze der Einheitsbewegung zu stellen. Im Jahr 1864 hatte es sich mit Preußen dahin verständigt, den deutschen Bundestag abzuwerfen, wie einen Mantel, der zu abgenutzt ist, um fortan die beiden Athleten zu bedecken, die sich unter seinen Falten bekämpften. Der Moment war gekommen, wo das unvermeidliche Duell langsam zum Austrag kommen mußte. Von diesem Tage an, dem Tage, wo die beiden Gegner sich Mann gegen Mann stellten, sank das Gebäude des deutschen Bundes, unter ihren Schlägen erschüttert, zu Boden, der Tag von Sadowa brach definitiv das Gleichgewicht, auf welchem alle deutschen Angelegenheiten bis dahin begründet gewesen waren. Seitdem hat Herr von Bismarck den Deutschen geben können, was ihr Ehrgeiz über alles ersehnte: die Genugthuung, sich in Europa mitgezählt zu sehen. Der preußische Hochmuth im Benehmen, der den Deutschen selbst unerträglich ist, wenn sie ihn zu ertragen haben, schmeichelt ihrem Stolze, wenn sie ihn gegen das Ausland gerichtet sehen. Ehemals fühlte sich der Bewohner Thüringens oder der reußischen Fürstenthümer in Gegenwart eines Franzosen oder eines Russen gedemüthigt; es schien ihm, als ob diese sich um die ganze Größe ihres Landes über ihn erhöben. Heutzutage, wenn er auch eine unbestimmte und poetische Vorliebe für sein „engeres Vaterland" bewahrt, ist er doch stolz darauf, die Last einer Bundesregierung tragen zu helfen, die einflußreich im Rathe Europas ist. Er hält sich persönlich um soviel würdiger, Achtung, Respect und Furcht einzuflößen. Selbst diejenigen, welche bei der Bildung des neuen Bundes am meisten verloren haben, theilen dieses Gefühl, und es versüßt ihnen die bittersten Opfer.

Die Einheit Deutschlands kann daher als durchgesetzt angesehen werden. Aber wird Preußen in Deutschland, oder Deutschland in Preußen aufgehen? Das ist einfach die wichtige Frage, auf die es jetzt ankommt. Unter Preußen ist hier das preußische Gouvernement zu verstehen, jenes Gouvernement mit seinen bureaukratischen Ueberlieferungen und seinem alten Erbtheil an Absolutismus, mit seiner Armee, die, obgleich in demokratischer Weise rekrutirt,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

doch in den Händen eines wesentlich aristokratischen Offiziercorps ist — ein Gouvernement, thätig und intelligent, aber voll Vorliebe für Förmlichkeit und Despotismus, und sehr geneigt, dem Banner der Cäsarischen Schule zu folgen; denn das preußische Volk, durch Volksbildung das erste Europas, dabei thätig und betriebsam und in hohem Grade von Associationsgeist erfüllt, denkt nicht daran, sich einmüthig mit einer Regierung zu fühlen, die so wenig mit seinem eigentlichen Wesen und seinen Instincten übereinstimmt.

Unsere künftigen Beziehungen zu dem mächtigsten Nachbarvolke Frankreichs hängen von der Art der Lösung dieser Frage zwischen Preußen und Deutschland ab. Ein Deutschland, in welchem Preußen aufgegangen, würde eine Nation im Centrum Europa's sein, welche von ihren Interessen, ihren Gewohnheiten und Ideen, zur Ausübung liberaler Institutionen geleitet wird, ja welche uns vielleicht das Beispiel dazu geben und uns sicher mit Eifer folgen wird, wenn wir so glücklich sind, ihm darin voranzugehen; es würde in socialer Hinsicht ein Staatskörper sein, der alle nothwendigen Elemente besitzt, um ein Volk frei zu machen, und der doch zu verschiedenartige Interessen in sich schließt, um jemals angreifend zu werden; eine Nation, die vielleicht militärischer und doch weniger kriegerisch ist, als wir. Die innere Entwicklung ihres Gedeihens, die äußere Anerkennung ihres berechtigten Einflusses, kann mit der Zeit eine Bürgschaft des Friedens werden. Ich glaube, daß wir dies mit Freuden acceptiren müssen, selbst wenn wir ein wenig die alte Zerstücklung Deutschlands vermissen sollten. Auf alle Fälle müssen wir dieser Combination den Vorzug vor einer einfachen Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oestreich einräumen; eine solche Theilung würde uns zu Nachbarstaaten zwei Mächte gegeben haben, die immer bereit gewesen wären, uns in ihre Streitigkeiten zu verflechten, um uns, aus gegenseitiger Furcht, weniger deutsch als die andere zu erscheinen, alsbald wieder zu verlassen und schließlich gegen uns sich zu vereinigen.

Ein Preußen, in welchem Deutschland aufgegangen, würde dagegen den in Central-Europa etablirten Cäsarismus bedeuten. Schon die Schwerkraft eines solchen Regiments, sein Gegensatz zu dem eigentlichen deutschen Wesen, seine Verletzung zahlreicher Interessen, die Nothwendigkeit, die wirklich liberalen Bestrebungen durch übertriebene Concessionen an das Nationalgefühl einzuschläfern, Alles wird es nöthigen, nach außen eine beunruhigende, drohende, angreifende Politik zu verfolgen. Es wird zu gleicher Zeit eine permanente Gefahr für den Frieden Europa's und ein harter Schlag für die liberale Sache sein.

In welchem Sinne wird diese Frage beantwortet werden? Ohne der künftigen Lösung dieser Frage vorgreifen zu wollen, kann man sie doch in ihre verschiedenen Elemente zerlegen. Das preußische System hat für sich: das

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Prestigium des Erfolgs, das Recht des Sieges, das Vertrauen in die Zukunft und die äußerste Zersplitterung aller ihm entgegenstehenden Elemente. Der Triumph des Grafen v. Bismarck hat die Parteien nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland desorganisirt. Dieser Minister hat damit angefangen, den Boden seiner eigenen Partei zu untergraben. Er, der das allgemeine Stimmrecht wiederherstellt, der zuweilen von den Rechten der Nationen spricht, und der Italien die Hand zu reichen gewagt hat, war der erklärte Chef der Feudalpartei und der Junker. Man begreift das Entsetzen der preußischen Legitimisten über die Politik ihrers Führers; aber da der Gehorsam gegen den König ihr oberster Grundsatz ist, so blieb ihnen, nachdem einmal der König den Grafen hielt, nichts übrig, als ihm zu folgen. Feindlich allem, was sie mit dem Geschlechtsnamen „Revolutionär" bezeichnen, feindlich dem Königreich Italien, feindlich den Vergrößerungen Preußens, die ihren Partikulareinfluß schwächen müssen, sahen sie sich durch denselben Mann zur Ohnmacht verurtheilt, den sie zur Macht gehoben hatten. Herr v. Bismarck wandte sich darauf gegen die liberale Partei und entriß ihr die Waffe, mit der sie ihn bis dahin bekämpft hatte. Drei Jahre lang hatte er der Kammer der Deputirten mit ihrer Majorität von Liberalen die Stirn geboten. Diese hatte dem Minister, der ihre constitutionellen Privilegien mit Füßen trat, nur mit leeren Redensarten geantwortet. Nachdem er so der Welt gezeigt hatte, wie schwach die liberale Partei im Handeln sei, ersah er eines schönen Tages seinen Vortheil. Er hatte die liberalen Ideen als eine Manie erkannt, deren Opfer das 19. Jahrhundert ist, aber er sah auch die Nothwendigkeit ein, dieser Manie zu schmeicheln, und er wählte dazu die Stunde des Triumphes. Kurz nach dem Tage von Sadowa, als das Land, noch in der Aufregung über die kriegerischen Eindrücke, denselben Männern, welche bis dahin am standhaftesten für seine Rechte eingetreten waren, seine Stimmen entzogen hatte, brachte er eine Indemnitätsbill vor das Parlament. Durch nachträgliche Erweisung einer schuldigen Rücksicht erkaufte sich der preußische Minister die Dienstbarkeit seiner alten Gegner. Die Bill wurde votirt und noch eine reiche Dotation für den Minister dazu. Auf diesem Wege weiter gehend, appellirte Herr v. Bismarck kühn an das allgemeine Stimmrecht bezüglich der Wahl einer Constituante. Mit dem Schlag waren die Liberalen entwaffnet. Durch ihre unfruchtbaren und abstracten Discussionen daran gewöhnt, nicht mehr die Form der Prinzipien von ihrem Wesen zu unterscheiden, hatten sie Worte, wie „allgemeines Stimmrecht" und „deutsche Einheit" soviel gemißbraucht, daß sie all das Verfängliche im Vorgehen des ersten preußischen Ministers für sie nicht mehr bemerkten. Die Partei, welche sich den Namen der liberalen und nationalen gab, fand sich fast ganz in sein Fahrwasser gezogen. Die weit verbreitete Association des

Nationalvereins ward in seinen Händen zu einem gut benutzten blinden Werkzeuge. Zu gleicher Zeit suchte er den Regierungen, denen er, gegen ihren Eintritt in seinen neuen Bund, Lebenscertifikate ausstellte, die Wurzeln abzuschneiden. Er erschütterte ihre Popularität, indem er ihnen die nämlichen Militärlasten wie den preußischen Provinzen auferlegte. Die Ausgaben der kleinen deutschen Staaten wurden fast verdreifacht. So hatte zum Beispiel das Herzogthum Sachsen-Coburg einige Jahre vorher eine Militärconvention mit Preußen abgeschlossen, infolge deren es jährlich an Preußen 80 Thlr. oder 300 Frcs. per Mann zahlte; aber diese Ziffer war ein Nachlaß, den man dem Herzogthum, wie eine Art Lockspeise für die andern, zu einer Zeit bewilligt hatte, wo Preußen noch ein Ueberbieten Oestreichs fürchten konnte. Jetzt fordert es von demselben Herzogthum 170 Thlr. oder 637 Frcs. 50 Cts. pro Mann. Das Bundescontingent des Großherzogthums Sachsen-Weimar kostete demselben jährlich gegen 240,000 Thlr. oder 900,000 Frcs.; nach dem neuen Militäretat den man ihm auferlegt, würde es fortan nahe an 800,000 Thlr. oder 3,000,000 Frcs. zahlen. Die kleinen deutschen Regierungen hatten sich ihre Bevölkerungen zu verpflichten verstanden, indem sie ihnen die erdrückenden Lasten ersparten, welche auf ihren mächtigern Nachbarn ruhten. Es ist die erste Sorge Preußens gewesen, ihnen diesen Vortheil und dieses Existenzmittel zu entziehen.

Inmitten so ungeregelter Zustände bietet sich das preußische System, das die Stärke seiner Organisation erprobt hat, als eine Nothwendigkeit für Deutschland dar. Doch wird es gegen zwei Bewegungen zu kämpfen haben, die, wenn auch ganz von einander verschieden, doch gleichmäßig seiner Herrschaft zuwiderlaufen — die eine im Norden, welche der Centralisation widerstrebt, — die andre, welche den Süden zu dem neuen Bunde hinzieht.

Die erstere erklärt sich leicht. Die Stellung, welche Deutschland erworben hat, befriedigt die nationale Eitelkeit. Nachdem man sich nun einmal in dieser Position befindet, sieht man die Nothwendigkeit nicht ein, alle Traditionen, Lokalinstitutionen, Particularinteressen der Gleichförmigkeit mit dem preußischen System zu opfern. So kommt es, das selbst diejenigen, welche am eifrigsten die preußische Hegemonie ersehnten, nunmehr finden, daß es an der Zeit sei, auf diesem Wege innezuhalten; und die reine Annexion an Preußen zählt weniger Anhänger in den kleinen Staaten, seit dieselben, gutwillig oder gezwungen, in den Nordbund eingetreten sind. Ihre Hauptstädte wissen, was sie verlieren, wenn sie preußische Unterpräfecturen würden. Selbst die Universitäten, die immer den Hauptheerd für die Einheitsidee bildeten, wollen nicht vor Berlin die Flagge streichen. In den kleinen Truppentheilen wird man Gefühlen geheimen Grolls oder eifersüchtigen Neides gegen die preußische Armee begegnen. Das zahlreiche Verwaltungspersonal endlich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

weiß zu gut, daß die Annexion für sie zur Folge haben würde, sie fern von ihrer Heimath in untergeordnete Stellen zu versetzen und überall in die höheren geborne Preußen einrücken zu lassen. Die große Menge schwankt. Preußen scheint ihr zu sagen: „Da ihr alle Lasten der preußischen Unterthanen tragt, thätet ihr am besten, ihr würdet ganz und gar preußisch und hättet auch alle Vortheile davon"; aber man fürchtet die despotische Art und Weise seiner Verwaltungsbeamten; und die Schwierigkeiten aller Art, denen es in den neu erworbenen Provinzen begegnet, ermuthigen die Anhänger der Annexion in den Nachbarstaaten keineswegs. In der That wissen die kleinen Staaten des Nordbundes nichts von einer so großen Verwaltungsmaschine, wie sie für die Einführung eines centralisirenden Despotismus nothwendig ist, und eine solche würde sich dort weder leicht noch schnell einbürgern.

In entgegengesetzter Richtung läuft die Bewegung der Gemüther in den deutschen Südstaaten, auf welchen die Isolirung, die ihnen durch den prager Frieden auferlegt worden, schwer lastet. Die Mainlinie, die von Herrn v. Bismarck in gutem Glauben aufgestellt wurde, ist von den Deutschen niemals ernsthaft gemeint gewesen. Sie würde nur mit preußischen Wachen auf dem einen, und östreichischen auf dem andern Ufer möglich geworden sein; aber nachdem die östreichische Macht einmal bei Seite geschoben wurde, waren die prager Stipulationen für die Südstaaten nur eine Art Buße, nur ein „Nachsitzenlassen", wie es die Schüler nennen, von wo sie früher oder später wieder erlöst werden müssen. Würden die Süddeutschen die preußische Militärherrschaft vielleicht haben bekämpfen können, wenn sie sich zu Vorkämpfern der liberalen Sache in Deutschland gemacht und das Beispiel der Schweiz und Belgiens nachgeahmt hätten, die, neben mächtigen Nachbarn gelegen, ihre geringere materielle Macht durch Ueberlegenheit ihrer Institutionen ausgleichen? Man darf daran zweifeln. Um eine Fahne, selbst die der Freiheit, wehen zu lassen, bedarf es doch immer eines Windes; aber kein Hauch würde geweht haben, um sie zu entfalten, wenn die Südstaaten sie gegen Preußen hätten erheben wollen. Jedenfalls haben ihre Regierungen nicht einen Augenblick daran gedacht, ein so gewagtes Experiment zu versuchen. Nord- und Süd-Deutschland sind nur eine Nation. Nicht einmal die Religionsfrage theilt sie.

Man nehme zum Beispiel das Rheinthal und die anliegenden Provinzen; im Süden sind Baden, Darmstadt und Würtemberg großentheils protestantisch, während im Norden die Rheinprovinzen und Westphalen fast ganz katholisch sind. Süddeutschland lebt durch seine enge Verbindung mit dem Norden. Seine künstlichen Hauptstädte: Karlsruhe, Stuttgart, München, seine alten Reichsstädte: Regensburg, Augsburg, selbst das industriöse Nürnberg, seine vornehmste Universität Heidelberg, genügen nicht, um ihm ein eigenes Leben

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

zu verleihen. Vom commercialen Gesichtspunkte kann sich der Süden gar nicht mehr vom Norden trennen, in welchem die großen und prosperirenden Handelsstädte, die industriellen Mittelpunkte, endlich die Mündungen der Seestraßen liegen. Noch weniger kann er es vom intellectuellen Gesichtspunkt, denn er empfängt von jenem fast alle Inspirationen. Alles führt daher den Süden dahin, sich mit dem Norden zu vereinigen; er will es um jeden Preis und möchte schon jetzt die preußische Suprematie lieber annehmen, als in seiner gegenwärtigen Situation verbleiben. Die unüberlegte Forderung einer Grenzberichtigung, die von Frankreich im August des vorigen Jahres an Preußen gestellt wurde, hat hingereicht, um die Regierungen der Südstaaten empfinden zu lassen, wie sehr sie des Schutzes dieser letzteren Macht bedürftig waren, und sie haben sich beeilt, mit ihr jenes Bündniß zu schließen, das ihre ganze Militärmacht zu ihrer Verfügung stellt. Als es sich darum handelte, ob sie den Zollverein lieber reconstituiren, oder ihn ganz aufgeben wollten, haben die Südstaaten alle Bedingungen Preußens angenommen — unter Anderem auch das Veto, das es sich für den künftigen Zollcongreß vorbehalten hatte. Diese Zoll-Union ist nur ein kurzer Uebergang, der die wirkliche Union vorbereitet. — Berlin wird das einzig dastehende Privilegium haben, drei Parlamente auf einmal zu besitzen, die für den preußischen Staatsbürger sein dreifaches Vaterland repräsentiren: sein engeres Vaterland, Preußen, sein politisches Vaterland, den Nordbund, und sein großes Vaterland Deutschland, als Zollverein verkleidet. Ein so künstlicher Bau kann keine Dauer haben, und das Bundesparlament wird in nicht zu langer Zeit auf seinen Bänken die Repräsentanten von ganz Deutschland sitzen sehen. Aber für jetzt ist es Preußen, das diesen Moment hinausschieben möchte. Es hat sich beeilt, die Constitution des neuen Bundes votiren zu lassen, um sie nur mit dem Theile Deutschlands discutiren zu brauchen, den es zugelassen hatte, und um sie später den Staaten, welche hinzukommen werden, en bloc auferlegen zu können. Aber diese Garantie genügt ihm nicht. Das berliner Cabinet wagt nicht, offen der Bewegung entgegenzutreten, die den Süden zu ihm führt, aber es möchte sie bis zu dem Moment verzögern, wo es seine jetzigen Bundesgenossen preußifizirt haben wird. Es will die Artischocke Blatt für Blatt essen. Es fühlt sehr wohl, daß die Zulassung der Südstaaten dem Widerstande, dem es im Bundesrathe schon jetzt begegnet, eine solche Verstärkung zuführen würde, daß es, anstatt das Gesetz zu machen, genöthigt wäre, es sich machen zu lassen. Vom französischen Gesichtspunkte müssen wir daher aus demselben Grunde wünschen, daß sich diese vollständige Union so bald als möglich vollziehe. In den europäischen Angelegenheiten ist sie ja schon durch die Verträge und mehr noch durch die Gewalt der Thatsachen vollzogen. Die Südstaaten sind fortan die unvermeidlichen Hilfstruppen Preußens in allen Kriegen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die es zu unternehmen für gut finden wird. Durch die politische Union mit dem Süden wird es keinen Soldaten gewinnen; es wird nur einen Zügel und ein Gegengewicht gegen seinen eigenen Einfluß in den deutschen Angelegenheiten darin finden.

Damit aber diese Widerstandskräfte sich organisiren und den Anstrengungen Preußens zur Absorbirung Deutschlands entgegentreten können, darf kein auswärtiger Krieg einkreten. Kann man auf die Erhaltung des Friedens hoffen? Der luxemburger Fall hat diese Frage vor wenigen Monaten scharf hingestellt und alle diejenigen, die sich damals am Vorabend eines schrecklichen Krieges glaubten, ernstlich nachdenken machen. Ein Straucheln am Rande des Abgrunds lehrt den Verwegensten Vorsicht. Dasselbe ist mit England und den Vereinigten Staaten der Fall gewesen, die nahe daran waren, wegen der Trent-Affaire in Streit zu gerathen. Zuweilen empfindet freilich ein Volk, das sich zu Hause nicht wohl fühlt, das peinliche Bedürfniß, sein Uebel auf die Schultern seiner Nachbarn abzuladen. Aber so ist die heutige Stimmung in Deutschland keineswegs. Der letzte Krieg ist allerdings zum Erstaunen schnell beendigt gewesen, aber die Leiden, die er verursacht hat, konnten doch nicht mit einem Federstrich ausgelöscht werden. Die Kugeln und die Cholera haben in allen Klassen der Gesellschaft zahlreiche Opfer gefordert; die Trauer folgte überall. Die Einberufung aller wehrkräftigen Männer hat in Ackerbau, Gewerbe und Handel eine Stockung gebracht, deren Folgen sich noch heute fühlbar machen. Die Aussicht auf einen neuen Krieg widerstrebt den Deutschen weit mehr, seit sie in dem jüngsten gelernt haben, welche Schrecken er nach sich ziehen würde. Selbst nicht einmal der Schlachtendurst, von dem man sonst voraussetzt, daß er jeden Soldaten beseele, ist in den deutschen Heeren allgemein. Die Erinnerung an den letzten Feldzug ist noch zu frisch bei denen, welche damals gegen die Preußen standen, als daß sie wünschen möchten, nun unter ihrem Befehl zu dienen. Was die preußische Armee betrifft, so thut sie weniger groß mit dem Siege von Sadowa 1866, als sie es mit dem bei Düppel 1865 that; das kommt daher, weil bis dahin ihr voller Werth, dessen sie sich bewußt war, in Europa nicht allgemein anerkannt wurde. Sie hatte nöthig, ihn durch die That zu bewähren, und hatte für sich allein in einem großen europäischen Kriege noch nicht die Gelegenheit dazu gefunden. Je magerer die Lorbeeren waren, die sie in Dänemark hatte pflücken können, desto mehr fühlte sie das Bedürfniß, dieselben geltend zu machen. Heute dagegen, wo sie die seit Waterloo entscheidendste Schlacht gewonnen hat, wo sie der Gegenstand der Bewunderung in den militärischen Kreisen der ganzen Welt ist, und wo sie zugleich aus Erfahrung weiß, wie sehr es auf Schlachtenglück ankommt, hat sich ihre Sprache etwas geändert. Mit einem Worte, in der ganzen deutschen Nation sind diejenigen, welche auf

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Vortheil von einem neuen Kriege hoffen, sehr wenig zahlreich; wer bei den letzten Ereignissen gewonnen hat, wünscht in Muße die Früchte zu genießen; wer verloren hat, erwartet von der Erhaltung des Friedens die Gelegenheit, seinen Verlust wieder gut zu machen.

Aber wenn die Deutschen das Werk ihrer Einigung ruhig zu vollenden wünschen, so sind sie eben darum sehr eifersüchtig auf jede fremde Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die Idee, den Elsaß und die Lorraine wieder zu gewinnen, oder Holland zu annectiren, hat in den Augen der Deutschen niemals für etwas Anderes, als für eine aus dem Hirne irgend eines Professors der Geschichte entsprungene Chimäre gegolten; aber auch sie haben ihre Monroë-Doctrin: „Deutschland für die Deutschen", und wer immer einen Eingriff darein versuchen wollte, nicht allein durch Abreißung eines Stückes von dem Lande, dessen Ganzes ihr „großes Vaterland" bildet, sondern auch nur durch eine einfache Intervention in ihre inneren Angelegenheiten, könnte versichert sein, daß er sie Alle gegen sich vereinigen würde. Das ist eine Thatsache, die sich verheimlichen zu wollen unnütz und absurd sein würde. Daher auch die Empfindlichkeit, die jeden Augenblick von dem preußischen Gouvernement ausgebeutet werden kann, wenn dasselbe Gelegenheit zu einem Bruch sucht. Als Hr. v. Bismarck, der, wie man sagt, den Verkauf Luxemburgs gebilligt hatte, sein Wort mit Hinweis auf die öffentliche Meinung, die sich in Deutschland gegen diesen Handel erhoben hätte, zurücknahm hat man ihn der Unredlichkeit angeklagt und behauptet, die Aufregung der öffentlichen Meinung sei eine künstliche und von ihm improvisirte. Dieses Mal aber hat man ihn verleumdet; die Aufregung war eine wirkliche. Dagegen könnte es wohl sein, daß Herr von Bismarck an dem Tage, an dem er seine Connivenz versprochen hatte, nicht aufrichtig gewesen war, denn er wußte vorher, daß die Stimmung in Deutschland sich energisch über diesen Punkt aussprechen und ihm, je nach Umständen, die Hände binden würde.

Die luxemburger Frage ist erledigt, und es gibt nur noch wenige Deutsche, welche die Räumung der Festung als eine nationale Demüthigung ansehen, aber die Erinnerung an die ganze Sache hat in Deutschland eine schon alte Idee, welche von Tag zu Tag unheilvoll für die Erhaltung des Friedens werden kann, befestigt: das ist die Ueberzeugung, daß der Kaiser Napoleon zum Kriege entschlossen sei, und daß er nur auf eine günstige Gelegenheit dazu warte. Diese Idee hat sich seit 1859 aller Gemüther bemächtigt, bis dahin hatte der Urheber des Krimkrieges als Vorkämpfer für die Unterdrückten, als Beschützer Deutschlands gegen Rußland gegolten. Die Vorsicht des französischen Gouvernements im Jahre 1866 hat diese Besorgniß nicht erschüttert; man wußte, daß es nicht fertig zum Kriege war, und das Mißtrauen Deutschlands wurde bald durch die vergeblichen Versuche bestätigt,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

welche die Tuillerien nach einander machten, Mainz, oder Landau, oder Luxemburg zu erwerben. Die Deutschen kennen seit einigen Jahren, wo sie mehr mit sich selbst beschäftigt sind, Frankreich weniger. Die bewundernswürdige Beredsamkeit des Herrn Thiers hat natürlich einen großen Wiederhall jenseit des Rheins gefunden; aber die Deutschen haben von seinen Reden nur die Ausdrücke behalten, die am absolutesten gegen die Einheitsbewegung sprachen, ohne daran zu denken, daß die Worte ohne Zweifel ganz anders gelautet hätten, wenn diese Bewegung nicht die Macht und die Gewalt zu Helfershelfern gehabt; und ohne weder dem besonderen Standpunkte des großen Redners, noch der übrigen Discussion Rechnung zu tragen, die derselbe durch seine Worte illustrirte. Die Deutschen suchten die Ansichten des Gouvernements in den Artikeln des Constitutionell und glaubten in den Spalten einiger neuerdings in Paris gegründeten Blätter die einstimmige Meinung aller Schattirungen der französischen liberalen Partei zu finden; man glaubte und man glaubt noch, daß wenn der Kaiser persönlich den Krieg mit Deutschland wünscht, er dazu durch die kriegerischen Gelüste des französischen Volkes getrieben werde, und man sagte sich dann, daß, wenn der Krieg unvermeidlich, es besser sei, ihn gleich; besser, ihn kurz und gut zu haben, um aus der Ungewißheit herauszukommen, als eine kurze Frist der Ruhe mit Concessionen an einen unredlichen Nachbar zu erkaufen. Daher stammt nicht etwa der Wunsch, den Krieg zu provociren, aber doch kein versöhnlicher Geist, um ihn zu vermeiden. Wenn man ihn auch beklagt, so ist man doch gefaßt darauf wie auf ein nothwendiges Uebel, und wenn er einmal angefangen ist, wird man ihn, um ihn um so eher zu beenden, mit Passion führen. Deutschland treibt Herrn von Bismarck nicht zum Kriege, es wird ihm sogar dankbar sein, wenn er damit verschont; aber es gibt ihm die Mittel dazu.

Der Friede Europas hängt demnach jetzt von den Interessen der preußischen Politik ab. Welches ist diese Politik? Herr von Bismarck will, daß man glauben soll, er habe seinen Einfluß bis aufs äußerste angewendet, um den Ausbruch des Kriegs wegen Luxemburgs zu verhindern. Wie dem auch sei, die Motive, die ihn im Frühjahr einen Krieg wünschen ließen, und die Gründe, die er auf der anderen Seite haben mußte, ihn zu fürchten, sind leicht zu erkennen. Die Vorzüglichkeit der preußischen Streitkräfte, die besser vorbereitet und bewaffnet, dabei zahlreicher als die unsrigen und voll Siegesbewußtsein waren, schien ihm ebenso, wie der Wunsch, die Einheit Deutschlands am Feuer eines auswärtigen Krieges zu härten, die Beschleunigung der Krisis anzurathen. Und doch hat nach langem Schwanken das preußische Gouvernement aufrichtig den Frieden gewollt.

Es hatte die Empfindung, daß es Deutschland überanstrengen würde, wenn es ihm schon wieder einen neuen und schweren Krieg auferlegte. Eine

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

kurze Zeitlang exaltirt, hatte sich die öffentliche Meinung nicht eher wieder schnell beruhigt, als in dem Augenblick, wo der Conflict am drohendsten schien. Die Südstaaten, die solche Eile hatten, die Allianzverträge zu unterzeichnen, waren viel weniger eifrig in der Ausführung der Stipulationen. Sie hatten ihr Militär nur erst desorganisirt, aber noch nicht umgeformt. Man konnte eine wirksame Mithülfe von ihnen nicht erwarten. Hannover war durch eine weitverzweigte Verschwörung bearbeitet, die zum Ausbruch, wie es scheint, nur das Erscheinen der französischen Fahne an der Elbmündung erwartete. Ohne Zweifel würde sie mißglückt oder vor dem, jedem fremden Eindringling feindlichen Nationalgefühl erlegen sein, aber man konnte im umgekehrten Fall darin unmöglich ein schweres Symptom und ein Vorspiel zu großen Schwierigkeiten verkennen. Die erklärten Feinde Preußens in Deutschland trieben am meisten zum Kriege, als wenn sie von einer Niederlage am Rhein den Umsturz seiner Herrschaft erwartet hätten. Das gab Stoff zum Nachdenken. Der Krieg wurde vermieden. Die Situation wird die nämliche im nächsten Jahre sein. Preußen wird dieselben Schwierigkeiten zu bekämpfen, dieselben Probleme zu lösen haben. Die Südstaaten werden ohne Zweifel besser organisirt sein, aber ihre Fortschritte werden denen der französischen Armee in derselben Zeit nicht gleichkommen. Preußen wird also nicht mehr Interesse am Kriege, als vor einem Vierteljahr, haben; im Gegentheil, die Gründe, ihn zu vermeiden, werden stärker sein. Mit einem Worte, die Völker sind darauf gefaßt, aber keineswegs dazu geneigt; das Gouvernement wird vielleicht durch eine zufällige Verkettung von Umständen dazu geführt werden, aber es ist weit entfernt, dazu entschlossen zu sein. Der Krieg ist also möglich, aber durchaus nicht unvermeidlich, und ich möchte nicht einmal sagen, wahrscheinlich.

Wenn der Krieg zum Ausbruch käme, würde er vielleicht schließlich das ganze Gebäude der preußischen Herrschaft unterminiren; aber seine erste Wirkung würde sein, jeden Widerstand gegen diese Herrschaft aufzuheben und die Vereinigung des Südens mit dem Norden, nicht zum Vortheil Deutschlands, sondern einzig zu dem Preußens, als dem einzigen Repräsentanten der nationalen Militärmacht, zu vollenden. Wenn dagegen, Dank der Erhaltung des Friedens, Dank der schleunigen Zulassung der Südstaaten zum Nordbunde, Deutschland Kraft genug findet, dem preußischen System die Stange zu halten und Preußen in sich aufgehen zu lassen, anstatt in ihm selbst aufzugehen, so kann es im Namen und vermittelst der liberalen Ideen dasselbe glückliche Resultat erreichen. — —

Was im vorigen Jahr möglich war, was Frankreich hätte wünschen können, was damals unsern Nachbarn genehm gewesen wäre, ist heute unwiderbringlich verloren. Die deutsche Einheit, die sich lange vorbereitete,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist nicht nur überhaupt hergestellt, sondern durch Gewalt der Waffen hergestellt. Aeußere Verwicklungen oder innere Ereignisse können den natürlichen Lauf der Dinge beschleunigen oder aufhalten. Ein äußerer Krieg kann ausbrechen und jeden die Herrschaft des preußischen Systems jetzt noch einigermaßen hemmenden Widerstand schweigen machen. Es kann ein Revolutionswind über Deutschland wehen, es kann der König von Preußen, wenn er nach einander alle Parteien benutzt hat, ohne einer einzigen Vertrauen einzuflößen, eines Tags die Erfahrung machen, daß er sich am höchsten erhebt, wenn er mit eigenen Händen die natürlichen Stützen seines Thrones wieder hervorsucht. Wenn dagegen auf den Sturm von Sadowa eine längere Ruhe folgt, so darf man jetzt schon voraussehen, wie inmitten der Umbildung Deutschlands die liberalen Ideen erwachen, ihre alten Vertheidiger wiederfinden, neue sammeln und gegen das Ueberströmen des Cäsarismus über Centraleuropa ankämpfen. Ja wer weiß, ob sie, bei günstigem Volkswinde, nicht eines Tages Herrn v. Bismarck selbst unter ihre eifrigsten Diener zählen werden.

Wie dem auch sei, eine völlig ungewisse Zukunft läßt sich heutzutage nicht durchschauen; aber unsere Rolle ist niemals die jener blinden Bewunderer des Erfolgs gewesen, die ihn nur vorauszusehen streben, um ihn von weitem anzubeten. Müssen wir uns, angesichts einer so tiefen Umwälzung, wie diejenige, über welche Deutschland in diesem Augenblicke hinwegschreitet, nicht, ohne mit der Lichtung des Dunkels künftiger Möglichkeiten oder mit dem Bedauern einer unwiederbringlichen Vergangenheit Zeit und Mühe zu verschwenden, lieber an billige Beurtheilung der Gegenwart halten? Vielleicht vermögen wir sogar von jetzt an zu erkennen, wohin sich unsere Sympathien zu wenden haben, sowohl als Franzosen, wie als Liberale, und ich möchte wohl auch sagen, als aufrichtige Freunde Deutschlands.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen